

Kurz berichtet



Die Radio7-Drachenkinder Yannick und Joshua (vorne) mit Vertretern von Schwäbisch Media und Südmail. FOTO: KÄSTLE

Scheckübergabe an „Radio7 Drachenkinder“ für den guten Zweck

RAVENSBURG (sz) - Mit der Drachenkinder-Briefmarke haben die privaten Briefdienstleister Südmail aus Weingarten und Südwest Mail Ulm vor acht Jahren eine Aktion gestartet, mit der kranke, behinderte oder traumatisierte Kinder und Jugendliche aus dem Radio7-Sendegebiet unterstützt werden sollen. Die „Radio7 Drachenkinder“-Briefmarke frankiert einen Standardbrief mit 80 Cent ausreichend. Von jeder verkauften Briefmarke spendeten die Briefdienste fünf Cent direkt an die Drachenkinder. Seit Oktober wurden 400.000 Briefmarken verkauft, was eine Spendensumme von 20.000 Euro bedeutet. Am Donnerstag übergab für die Geschäftsleitung der Schwäbisch Media, Tobias Krohn, und der Geschäftsführer der südmail GmbH, Thomas Reiter, den Spendenscheck stellvertretend für die Radio 7 Drachenkinder an Yannick und Joshua.

Prüfprozess für Biosphärengebiet läuft trotz Protest von Landeigentümern weiter

FLEISCHWANGEN (ume) - Der Prüfprozess für ein Biosphärengebiet Allgäu-Oberschwaben geht weiter. „Trotz der Diskussionen und der teils divergierenden Ansichten möchte ich betonen, dass der Prüfprozess weder gestoppt noch unterbrochen wird“, sagt Timo Egger (parteilos), Sprecher des Prozessvorstandes und Vorsitzender der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Biosphärengebiet. Der Bürgermeister von Fleischwangen (Kreis Ravensburg) wendet sich damit gegen Forderungen der Allianz der Landeigentümer und Bewirtschafter, die sich für die Aussetzung des Prüfprozesses ausgesprochen und die Befürchtung geäußert hat, eine Entscheidung könnte in Stuttgart über die Köpfe der Betroffenen hinweg gefällt werden. Egger bezeichnete Letzteres als haltlose Mutmaßungen. „Diese tragen nicht zu einem konstruktiven politischen Diskurs bei und verzerren die tatsächliche Entscheidungsstruktur, die fest in den Händen der regionalen Vertreterinnen und Vertreter liegt.“ Grüne und CDU im Land haben im Koalitionsvertrag vereinbart, „gemeinsam mit der Region den Prozess zur Ausweisung eines dritten Biosphärengebietes“ im Südwesten zu starten. Nun werden Flächen zwischen Federsee, Adelegg und Pfrunger-Burgweiler Ried gesucht. Es geht vor allem um den Schutz von Mooren.

Mutmaßlicher IS-Anhänger im Allgäu festgenommen

KAUFBEUREN/KARLSRUHE (dpa) - Die Bundesanwaltschaft hat im Allgäu ein mutmaßliches Mitglied der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) gefasst. Wie die Anklagebehörde am Donnerstag mitteilte, wurde der Iraker am Mittwoch von Beamten des Bayerischen Landeskriminalamtes in Kaufbeuren festgenommen. Der Mann ist nach den Angaben der Ermittler Anfang 2023 nach Deutschland gekommen, ihm wird Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland vorgeworfen. Laut Bundesanwaltschaft war der Verdächtige mindestens seit Dezember 2016 im Irak IS-Mitglied. Es soll für eine Polizeieinheit der Organisation gearbeitet haben. Auch in der Bundesrepublik habe er sich für mögliche IS-Aufträge bereitgehalten, habe Kontakte zu Gleichgesinnten gepflegt und noch im vergangenen Herbst 2500 US-Dollar von der Terrorgruppe erhalten. Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe ordnete Untersuchungshaft gegen den Mann an.

Von Katja Korf

Güllegeruch blockiert Wohnungsbau

Wenn es zu sehr stinkt, sind Neubauten verboten – Ministerin Razavi möchte dies ändern

STUTTGART - Ein Schweinestall mitten im Ort, in Sicht- und vor allem Riechweite ein begehrtes Baugrundstück: mit diesem Problem kämpft in Süddeutschland nicht nur der Laupheimer Ortsrat Baustetten (Kreis Biberach). Wenn es zu sehr stinkt, ist die Bebauung von solchen Flächen verboten. Das muss sich ändern, fordert Baden-Württembergs Bauministerin Nicole Razavi (CDU) nun von ihrer Bundeskollegin Steffi Lemke (Grüne). Auch deren Parteifreunde aus Baden-Württemberg unterstützen den Vorstoß aus Stuttgart.

Allein in Baden-Württemberg fehlen aktuell 150.000 bis 200.000 Wohnungen, schätzt der Ökonom Matthias Günther. Auch abseits der Städte ist bezahlbarer Wohnraum längst knapp. So warnte zuletzt die IG Bau vor einem massiven Notstand bei Sozialwohnungen in der Region. In ganz Baden-Württemberg fehlten bis 2030 mehr als 200.000 solcher subventionierten Wohnungen.

Das Problem verdeutlichen Zahlen aus der Bauverwaltung. Laut Statistischem Landesamt bewilligten die Behörden im Südwesten den Bau von fast 9200 Wohnhäusern und rund 2750 Bürohäusern und anderen Gebäuden. Das sind gut 6400 Gebäude oder 35 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die Zahl der genehmigten Wohnungen in Ein- und Mehrfamilienhäusern sank demnach von knapp 42.200 im Vorjahr auf gut 28.600.

Ein Gegenmittel: Neubauten oder Sanierungen mitten in Dörfern und Gemeinden. Oft liegen dort Flächen brach. Damit könnte man auch den Flächenfraß außerhalb der Ortskerne eindämmen. Laut Landesnaturschutzverband werden derzeit pro Tag im Schnitt 4,6 Hektar Fläche im Südwesten bebaut. Dabei hatten Grüne und CDU eigentlich in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, diese Zahl auf maximal 2,5 Hektar zu senken, bis 2035 soll nicht mehr überbaut werden als anderswo wieder renaturiert wird. Zuletzt hatte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) allerdings bezweifelt, ob dieses Ziel überhaupt zu erfüllen ist. Ihm fehlten dafür die Instrumente. Außerdem gebe es gerade in Krisenzeiten wichtige andere Ziele. Man brauche schließlich dringend Wohnraum und Platz für die Ansiedlung neuer Firmen.

Bei der Nutzung von Baulücken oder Brachen innerhalb einer Gemeinde tauchen immer wieder Probleme auf. Zum Beispiel, wenn Grundstückseigentümer selbst nicht bauen und nicht verkaufen wollen, etwa, um den Grund für



Der Geruch und Lärm aus Ställen im Ortskern verhindert oft wichtige Bauprojekte in Baden-Württemberg. FOTO: BURG/DPA

die Enkel zu sichern. Oder wenn Landwirte Ställe zwar nicht mehr nutzen, sie aber auch nicht endgültig aufgeben. Gegen das zweite Problem hat die Landesregierung im Jahr 2019 schon Änderungen beschlossen, allerdings werden diese nicht vor 2025 wirksam.

Anders liegen die Dinge, wenn in einem Stall noch Tiere stehen. Übersteigen Geruchs- oder Lärmbelastung zu häufig die Grenzwerte, ist eine Wohnbebauung in der Nähe ausgeschlossen. Das bereitet zahlreichen Gemeinden in der Region Probleme. Im Fall des Laupheimer Ortsteils Baustetten bedeutet das zum Beispiel einen jahrelangen Stillstand bei der Dorfentwicklung. Seit 2018 laufen dort Pläne für eine Brachfläche, auf der bis 2014 ein Wohnhaus samt Bauernhof stand. Die Gebäude wichen 2014 den Bagern. Dort soll eigentlich eine „neue Ortsmitte“ entstehen, mit Wohn- und Geschäftshäusern sowie einem neuen Dorfplatz. Doch weil die umliegenden Tierställe zu sehr stinken, darf das Vorhaben nicht genehmigt werden.

In Baustetten hofft man mittlerweile auf einen Urteilsspruch des Bundesverwaltungsgerichts in einem ähnlichen Fall – und will diesen bei den Genehmigungsbehörden als Präzedenzfall anfüh-

ren. Der Antrag für die Ortsmitte liegt noch beim zuständigen Regierungspräsidium, in einem anderen Fall gibt es aber eine Genehmigung. „Solche Entscheidungen sind aber immer nur auf einzelne Projekte bezogen. Deswegen macht es sehr viel Sinn, sich für Verbesserungen auf Bundesebene einzusetzen, wenn es um größere Bebauungspläne geht“, sagt Dietmar Kögel, Ortsvorsteher von Baustetten.

„Die starren Bundesvorschriften sind in vielen Kommunen ein Hemmnis zur Schaffung von Wohnraum, das wird seit Jahren zu Recht beklagt“, sagt Bauministerin Razavi. Ihre Idee: Sie will Ausnahmen von den geltenden Regeln zulassen. Bauwillige sollen im Einzelfall selbst vor Ort vereinbaren können, dass sie eine Überschreitung der Richtwerte bis zu einem gewissen Grad akzeptieren. Damit auch später niemand gegen die Landwirte oder Bauherren klagt, soll diese Vereinbarung rechtssicher Ansprüche wegen des Geruchs oder Lärms ausschließen.

Razavi kann sich Überschreitungen der Werte um bis zu zehn Prozent für solche Ausnahmen vorstellen. „Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse wollen wir weiterhin gewährleisten. Aber es

kann nicht sein, dass selbst eine kleine, gesundheitlich unbedenkliche Überschreitung von Grenzwerten das Schaffen von Wohnraum verhindert. Gerade im ländlichen Raum sind viele Menschen die entsprechenden Gerüche gewöhnt.“

Der Gemeindegast, Interessenverband vor allem kleinerer Kommunen, setzt sich seit Langem für Änderungen ein. Ein Sprecher betont: „Jeder bundesrechtliche Vorstoß mit dem Ziel, Standards zu flexibilisieren und mehr Wohnraum im Innenbereich zu schaffen, kann den Städten und Gemeinden helfen.“ Allerdings gelte es, die örtlichen Behörden in Reformpläne einzubeziehen.

Zuständig dafür ist die Bundesregierung. In Berlin hat bereits eine Arbeitsgruppe Lösungen vorgeschlagen – bislang wurden diese jedoch nicht umgesetzt. „Mit unserem Vorschlag wollen wir Bewegung in die festgefahrene Debatte bringen“, sagt Razavi deshalb. Gemeinsam mit Umweltministerin Thekla Walker (Grüne) stellt sie am Freitag einen Entschließungsantrag im Bundesrat. Dort sollen die Länder die Berliner Ampel-Koalition auffordern, die Vorschläge aus Baden-Württemberg umzusetzen. Wie die Chancen stehen, ist offen.

Sechs Verletzte bei Stichwaffen-Angriff in der Schweiz

Mann greift in Zofingen bei Basel wahllos Passanten an – Motiv des Täters noch unklar

Von Christiane Oelrich

ZOFINGEN (dpa) - Nach der Stichwaffenangriff auf Passanten in Zofingen in der Schweiz laufen die Ermittlungen zum Täter auf Hochtouren. Viele Details konnte die Polizei am Donnerstag noch nicht nennen. „Der Mann dürfte ausländischer Herkunft und rund 40 Jahre alt sein“, teilt sie lediglich mit. Er habe keine Ausweispapiere bei sich gehabt. Abklärungen mit der Staatsanwaltschaft liefen, sagte eine Polizeisprecherin. Sie stellte weitere Angaben im Laufe des Nachmittags in Aussicht. Die Polizei sprach von „Hieb-/Stichwaffen“ als Tatwaffe, ohne nähere Angaben.

Was ist passiert? Am Mittwochnachmittag ging ein Notruf bei der Polizei in der Kleinstadt Zofingen mit rund 12.500 Einwohnerinnen und Einwohnern etwa 50 Kilometer südöstlich von Basel ein. Ein Mann steche wahllos auf Passanten ein und habe Menschen verletzt. Der Täter war zunächst am Bahnhof, zog dann



Im Kanton Aargau an der Grenze zu Deutschland hat ein Mann am Mittwoch Passanten mit einem Messer attackiert. FOTO: MICHAEL BUHOLZER/KEYSTONE/DPA

in Richtung eines Bildungszentrums weiter.

Die Zeitung „Blick“ sprach mit einem 18-Jährigen, der sich dort gerade aufhielt. „Wir hatten Unterricht und plötzlich ging die Zimmertür auf und eine Lehrerin kam rein, um uns zu warnen“, erzählte der junge Mann.

„Sie sagte, dass sie angegriffen wurde.“ Die Frau habe eine Wunde am Hals gehabt.

Sicherheits- und Rettungskräfte waren schnell vor Ort. Die Polizei sperrte das Gebiet rund um den Bahnhof ab. Eine Schule ganz in der Nähe, in der sich noch Leute aufhielten, wurde ge-

räumt. Der Täter verschanzte sich zunächst in einem Gebäude. Spezialeinheiten der Polizei konnten dort Kontakt mit ihm aufnehmen und ihn schließlich nach zwei Stunden festnehmen. Der Mann sei selbst auch verletzt gewesen und zur Versorgung seiner Wunden unter Bewachung in einem Krankenhaus behandelt worden.

Für die Bevölkerung von Zofingen waren es bange Stunden. Zunächst konnte die Polizei nämlich nicht ausschließen, dass dort vielleicht eine koordinierte Attacke im Gange war. Sie rief die Menschen auf, zu Hause zu bleiben und Türen und Fenster zu schließen. Am frühen Abend kam dann die Entwarnung: Es war nur ein Täter unterwegs gewesen.

Über das Motiv des Mannes gab es auch am Tag nach der Tat zunächst keine Angaben. Was die Opfer angeht, legte die Polizei Wert auf die Privatsphäre der Betroffenen. Sie machte keine Angaben. Am Mittwochabend hieß es, zwei Menschen seien schwer, vier leichter verletzt worden.

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945

Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Albstadt, Balingen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lachingen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spanglingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion

Chefredakteure: Jürgen Mäde, Andreas Müller, Mitglieder der Chefredaktion: Robin Halle, Katja Korf, Jochen Schlosser.

Leitender Redakteur (Editoren): Dirk Augustin
Politik: Jochen Schlosser; Wirtschaft: Thomas Hagenbuecher;
Journal/Kultur: Antje Merke; Sport: Martin Deck;

Beilagen/Wochenende: Simone Häfele;
Gestaltung: Hassan Al Mohtasab
alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf
Redaktion Berlin: Claudia King
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub

Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel
Druck: SV Druck GmbH & Co. KG Ravensburg,
Druckhaus Weingarten

Verlag

Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg
Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499
Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139
Geschäftsführer: Lutz Schumacher

Verantwortlich für Anzeigen: Boris Lazar
Marketing und Vertrieb: Marcel Pfeifer
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Verantwortliche für Zeitungsproduktion: Anita Löst

Es gelten die allgemeinen Geschäftsbedingungen
sowie die aktuelle Preisliste der
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler.
Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokalredaktionen und die
lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte
Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch
Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung keine
Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung
ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555
Telefax: 0751 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de